

Information nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)



- Standesamt -

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:	Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:
Gemeinde Polling Kirchplatz 11 82398 Polling Telefon: +49 881 9390-0 E-Mail: gemeindevverwaltung@polling.de	actago GmbH Weidenstraße 66 94405 Landau Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: November 2024	

Zwecke der Datenverarbeitung:

Bearbeitung standesamtlicher Aufgaben und Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStG), dazu gehören u. a.

- Erstbekundung sowie Fortführung (d. h. Ergänzung durch Folgebeurkundungen und Hinweise) von Personenstandseinträgen; der Personenstand umfasst Daten über Geburt, Eheschließung, Lebenspartnerschaften, Tod sowie damit in Verbindung stehende familien- und namensrechtliche Tatsachen.
- Beurkundungen von Änderungen der Geschlechtszuordnung und Vornamenswahl nach dem Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG).
- Erstellung von Personenstands- und Sicherheitsregistern.
- Mitwirkung bei der Schließung von Ehen.

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG.
- Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes, internationale Regelungen, Namensänderungsgesetz.
- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Freizügigkeitsgesetz (FreizügG/EU).
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).
- Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG).

Quelle der Daten, wenn sie nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden:

Andere Standesämter und Behörden im Rahmen des Amtshilfeverfahrens z. B. nach § 62 Abs. 4 PStV. Übermittelt werden die für den jeweiligen Sachverhalt erforderlichen Daten.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- Bedienstete/Organisationseinheiten innerhalb der Verwaltung, die in den Bearbeitungsprozess einbezogen sind.
- Dienstleister im Rahmen der Auftragsverarbeitung, dazu gehören Systembetreuer und IT-Dienstleister, die für uns tätig sind und im Zusammenhang mit der Wartung und Pflege der Systeme ggf. auch Kenntnis von Ihren Daten erhalten.
- Automatisiertes Abrufverfahren des Personenstandsregisters für andere Standesämter, Standesamt 1 Berlin, Meldebehörden, Aufsichtsbehörde (Landratsamt), Landesamt für Statistik, zentrales Testamentsregister, Ausländerbehörden, Gesundheitsbehörden, Konsulat (zur Erfüllung konsularischer Aufgaben), Kirchenbuchführer (zur Aktualisierung der Kirchenbücher), Bestatter, Jugendamt (zur Erfüllung der Aufgaben des Jugendamts), Vormundschaftsgerichte (zur Erfüllen deren Aufgaben), Familiengericht (bei entsprechender Personenstandsänderung), Amtsgericht (zur Erfüllung deren Aufgaben), Nachlassgericht, Finanzamt (zur Aktualisierung der Daten), Rentenversicherung, Polizei, Auskunftersuchende (§ 62 PStG).

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Ausländische Behörden nach § 62 Abs. 4 PStV.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

- Elektronisches Personenstandsregister und Sicherheitsregister: dauerhaft nach § 7 Abs. 1 PStG.
- Geburtenregister: 110 Jahre. Ehe- und Lebenspartnerschaftsregister: 80 Jahre. Sterberegister: 30 Jahre.
- Personenstands- und Sicherheitsregister sowie Sammelakten sind nach diesen Fristen nach den jeweiligen archivrechtlichen Vorschriften den zuständigen öffentlichen Archiven zur Übernahme anzubieten (§ 7 Abs. 3 PStG).



Information zu Betroffenenrechten – nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf Berichtigung bei unrichtigen personenbezogenen Daten (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO).

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Die Verpflichtung ergibt sich aus oben genannten Rechtsgrundlagen. Ohne die Bereitstellung erforderlicher Daten können wir nicht für Sie tätig werden.